

## Prolog

Im ersten Teil des Buches werden die theoretischen Ansätze eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges (NKEW) für Länder vorgestellt, die in ökonomisch-technisch unterentwickelten, kolonialen bzw. halbkolonialen Verhältnissen gehalten wurden. Die Theorie des NKEW wurde schon früh von den Klassikern des Marxismus in Ansätzen thematisiert, danach in der internationalen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts diskutiert und weiterentwickelt. Erst nach dem Ende des europäischen Kolonialismus ergab sich die Möglichkeit, in den befreiten Ländern diese Theorie in praktische Politik umzusetzen. Als die antikolonialen Befreiungsbewegungen und sozialistisch orientierten Kräfte die Macht übernahmen, vernachlässigten sie jedoch in der politischen Praxis oftmals die grundlegenden Prinzipien dieser Theorie. Sie verhielten sich wie ein Autofahrer, der die Verkehrsregeln ignoriert und sogar bei Rot weiterfährt. Diese Vorgehensweise wird hier am Beispiel Afghanistans untersucht.

In Afghanistan begann im April 1978 eine Revolution, in deren Verlauf die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse umgestaltet werden sollten. Die Durchführung einer Bodenreform, die Alphabetisierung des überwiegenden Teils der Bevölkerung und die Regelung der Ehe- und Scheidungsangelegenheiten waren die Hauptkomponenten dieser Reformmaßnahmen. Es war beabsichtigt, langfristig Bedingungen für eine sozialistische Orientierung des Landes zu schaffen. Für die Mehrheit der Afghanen war das eine wünschenswerte Perspektive. Nicht so für die Regierung der USA. Afghanistan dürfe keine Schule machen, meinte der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, ansonsten seien »unsere« strategischen Interessen und »unser« Öl in Gefahr. Daraufhin wurden die islamistischen

Mudjaheddin, im Westen Freiheitskämpfer genannt, die Taliban und Al-Qaida mit Hilfe der CIA und befreundeter Geheimdienste de facto erfunden, aufgebaut, ausgebildet und bewaffnet. Sie entfesselten einen unermesslich brutalen und lang anhaltenden Bürgerkrieg in Afghanistan. Aus über 50 islamischen Staaten wurden »Gotteskrieger«, darunter auch Uiguren aus der VR China, nach Pakistan gebracht, für den Dschihad ausgebildet und ausgerüstet, um den »heiligen Krieg« des Westens gegen Afghanistan durchzuführen, das sich aufgemacht hatte, Armut, Unwissenheit und Unmündigkeit zu überwinden. Die Söldner in Diensten der USA wurden jährlich mit 65.000 Tonnen Waffen versorgt. Und so gelang es ihnen, bis Ende 1983 in Afghanistan 1.814 Schulen, also die Hälfte aller Schulen, und 130 Krankenhäuser zu zerstören. Der Gesamtschaden belief sich auf 35 Milliarden Afghani. Das entsprach etwa der Hälfte aller Investitionen des Landes seit Mitte der 1960er Jahre.

Selbst als die sowjetische Armee, die seit Ende Dezember 1979 in Afghanistan interveniert hatte, am 15. Februar 1989 aus Afghanistan abgezogen wurde, hörte der innerafghanische Krieg nicht auf. Weder die Versuche der UNO noch des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der auf Bitten der afghanischen Regierung zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes beitragen sollte, hatten gefruchtet. Daraufhin hat die afghanische Links-Regierung im April 1992 die Macht an die gemäßigten Mudjaheddin übergeben. Diese wiederum haben sich jedoch weiter gegenseitig bekämpft. Jeder wollte die alleinige Macht erringen. Dabei wurde Kabul *eingeäschert*, über 50.000 Menschen wurden getötet.

Nach dem Ende der Sowjetunion wollte der US-Energie-Konzern UNOCAL eine Erdgas-Pipeline von Mittelasien durch Afghanistan nach Südasien verlegen. Die Mudjaheddin sollten für »Ruhe« und sichere Produktionsbedingungen im Land sorgen, setzten aber den Bürgerkrieg und die Konkurrenzkämpfe untereinander fort. Deshalb haben die USA und Pakistan den Taliban zur Macht verholfen. Diese beherrschten von 1994 bis 2001 das Land fast vollständig, aber »ihre historische Mission«, entsprechend den Vorstel-

lungen der Firma UNOCAL das Land zu stabilisieren, konnten auch sie nicht erreichen. Daraufhin wurde ihr Regime, dem die Schuld für die Ereignisse vom 11. September 2001 angelastet wurde, von den US-geführten Interventionskräften gestürzt. Doch das von den USA eingesetzte Regime, gebildet auf dem Petersberg bei Bonn, bestehend aus Amerika- und Euro-Afghanen in Zusammenarbeit mit den Warlords, das sich in den folgenden 20 Jahren unter der US- bzw. NATO-Schutzmacht zu einem korrupten, mafiösen System verfestigte, konnte weder den Bürgerkrieg beenden noch die minimalsten Bedürfnisse der breiten Masse des Volkes auch nur annähernd befriedigen. Die Afghanen sprachen von der Regierung in Kabul als einer *Räuberbande*, die alle Hoffnungen, die die Bevölkerung anfangs in sie gesetzt hatte, enttäuscht hat, denn sie hat weder Frieden noch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse gebracht. Sie verlor ihre Legitimation und jeglichen Rückhalt in der Bevölkerung und war trotz eines massiven Militäreinsatzes von USA und NATO mit teilweise 150.000 Soldaten nicht mehr zu halten. Schließlich haben die USA einsehen müssen, dass es in Afghanistan für sie keinen dauerhaften Erfolg geben wird, und im Februar 2020 in der katarischen Hauptstadt Doha ein Abkommen mit den Taliban geschlossen, das einer Kapitulation der US-Weltmacht gleichkommt. Als sie ihre Armee aus Afghanistan abzog, konnten die Taliban innerhalb weniger Wochen die Macht wieder übernehmen. Seit dem 15. August 2021 sitzen sie im Palast der Republik in der afghanischen Hauptstadt Kabul. Das neue Taliban-Regime war das »Abschiedsgeschenk« des Westens an die Afghanen.

Der zweite Teil des Buches enthält unter anderem zentrale Dokumente der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan zur Umgestaltung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse sowie das Doha-Abkommen zwischen den USA und den Taliban.

In der internationalen Presse und in tendenziösen wissenschaftlichen Publikationen wurde behauptet, dass die Regierung der Sowjetunion nur auf einen günstigen Moment gewartet habe, um in Afghanistan militärisch einzumarschieren. Dagegen belegen die

hier kommentierten und ausgewerteten, *streng vertraulichen* Dokumente des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (ZK der KPdSU) unmissverständlich, dass die sowjetische Führung trotz massiven Drängens der afghanischen Regierung eine militärische Intervention in Afghanistan lange ablehnte. Erst als die westlichen Länder den sogenannten NATO-Doppelbeschluss besiegt hatten, wodurch sich die internationalen Beziehungen extrem verschlechterten, und ein vom Ausland initierter Umsturz gegen die afghanische Regierung unmittelbar bevorstand, hat die sowjetische Führung nolens volens auf die 21. Bitte der Regierung in Kabul, basierend auf dem Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Afghanistan vom 5. Dezember 1978, Militäreinheiten nach Afghanistan entsandt.

Die im Anhang abgedruckten afghanischen und sowjetischen Dokumente sind für die Erforschung und das Verstehen der neuesten Geschichte und politischen Entwicklung Afghanistans von großer Bedeutung. Die Geschichtsinterpretation darf sich nicht von Meinungen und Mutmaßungen leiten lassen.

Der Verfasser bedankt sich bei Prof. Dr. Albert A. Stahel, Universität Zürich, und dem Hochschulverlag, Zürich, für das freundliche Überlassen der Dokumente der KPdSU.

Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich Dr. Gert Meyer und Dieter Gabrian, die das Typoskript mit Aufmerksamkeit gelesen und durch ihre solidarische Kritik wertvolle Anregungen gegeben haben. Mein herzlicher Dank gilt auch Bruni Steiniger und Peter Feininger für die Digitalisierung der zahlreichen Dokumente; ohne diese Unterstützung wäre ich damit technisch überfordert gewesen. Während der ganzen Arbeit stand mir meine Lebensgefährtin, Christine Schardt, manchmal zu Recht tadelnd, aber immer mit Engagement sowie mit ihren bibliothekarischen Fachkenntnissen zur Seite. Zum Schluss möchte ich mich ganz besonders für das außerordentlich gute Lektorat von Dr. Jutta von Freyberg und für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit mit den Kollegen des Papy-Rossa Verlags bedanken.